

entstehen. Das ist das wahlwirksame Fundament, um Identitäten mobilisieren zu können. Beck ist auf dem Weg, eine wert- und geschichtsgeprägte mitfühlende Sozialdemokratie zum neuen Leitbild zu erheben, für die der rheinland-pfälzische Alltagspragmatiker machtabsehernd allerdings auch dringend öffentliche Mitstreiter im Berliner Bundeskabi-

nett benötigt. Sonst erodiert seine neue Parteimacht schneller als die Erinnerung an Hamburg.



Karl-Rudolf Korte (\*1958) ist Professor für Politikwissenschaft an der Uni Duisburg/Essen. Im Oktober erschien: *Führung in Politik und Wirtschaft* (in Zusammenarbeit mit Niko Grasselt). [krkorte@uni-duisburg-essen.de](mailto:krkorte@uni-duisburg-essen.de)

Ulrich Pfeiffer

## Mehr Marktversagen oder mehr Staatsversagen?

Das Hamburger Programm leide an inneren Widersprüchen, indem es z.B. die Globalisierung als zentrale Quelle von Fehlentwicklungen ausmache. Zu fragen sei vielmehr, warum andere Länder ihre Ziele erreicht hätten, Deutschland aber nicht. Der Autor wendet sich somit deutlich gegen eine »politische Lähmung« in einem »lobbykratischen Land«.

Viele Meinungsumfragen, aber auch die wachsenden Wahlenthaltungen zeigen: Die Distanz zwischen Politik und Bürgern ist gestiegen. Diese Entfremdung geht auch auf ein massives Unvermögen von Politik zurück, seit langem schwelende Probleme wie Unterausbildung, ungesteuerte Einwanderung, Arbeitslosigkeit, zu hohe Staatsverschuldung, Geburtendefizit und erneut drohende Altersarmut zu lösen. Gleichzeitig ist nationale Politik immer stärker eingebunden in äußerst intransparente EU-Strategien oder internationale Kooperationen. Es liegt auf der Hand: Ein neues Vertrauen zur Politik kann nur durch realistische Analysen und Erklärungen der Probleme und wirksame Lösungskonzepte bei fairer Verteilung der Lasten und möglichst auch der Chancen erreicht werden. Das Hamburger Programm krankt an mehreren inneren Widersprüchen:

Die Globalisierung wird zur zentralen Quelle für wesentliche Fehlentwicklungen in der Wirtschaft erklärt, denn: »Die Welt verschmilzt immer mehr zu einem einzi-

gen Markt.« »Die Nationalstaaten, selbst die größten, drohen zu bloßen Standorten zu werden, die um Investitionen des globalen Kapitals konkurrieren.« Tatsächlich erleben wir gerade, wie eine äußerst komplexe kritische Entwicklung der Finanzmärkte, die auf massenhaft falschen Erwartungen von Immobilienkäufern, Finanzinvestoren und auch von Zentralbanken beruhte und die durch äußerst komplexe Finanzierungstechniken noch verstärkt wurde, in einer engen internationalen Kooperation von Zentralbanken, bisher jedenfalls, daran gehindert wird, in eine realwirtschaftliche Krise umzuschlagen. In einer früheren Phase der Globalisierung ohne ausreichende Steuerungsmacht des Staates oder ohne ausreichende Kooperation der Zentralbanken wäre die Krise fast unvermeidbar gewesen.

### Ein historisches Beispiel

Am 18. September 1873 versammelten sich in der *Wallstreet* Bankiers und Broker im Büro der geachteten Investmentbank

JAY COOK AND CO, weil die Bank in einer Zahlungskrise steckte und dringend Liquidität benötigte. Die Liquiditätshilfen wurden nicht gewährt. Um 11:00 Uhr schloss die Bank ihre Schalter. Eine weltweite Finanzkrise war damit losgetreten. Sie war das Ergebnis überzogener Erwartungen über den Fortgang des weltweiten Eisenbahnbooms. Die Krise übersprang in Stunden den Atlantik und traf zunächst Wiener Banken, die sich besonders aktiv in der Finanzierung von Eisenbahnen engagiert hatten. In wenigen Tagen kam es weltweit zu Zusammenbrüchen von Banken und von Industrieunternehmen, weil in der Vertrauenskrise Aktienkurse einbrachen oder Unternehmen keine Aufträge mehr erhielten. Arbeitslosigkeit griff um sich, mit einem Elend für die Betroffenen, das für uns wohlfahrtsstaatlich gesicherte Bürger nicht mehr vorstellbar ist. Bei uns ist diese Krise unter dem Namen *Gründerzeitkrise* als tiefer Einschnitt in der wirtschaftlichen Entwicklung bekannt.

Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Gutachten über die Finanzkrise des letzten Sommers einen beeindruckenden Fahrplan des Krisenmanagements der Zentralbanken einschließlich seiner Mängel veröffentlicht. Daraus wird deutlich, welche enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank besteht. Trotz bestehender Transparenzprobleme ist das Wissen um die Finanzmärkte und ihre Steuerung deutlich besser geworden. Der globale Finanzkapitalismus, den es im 19. Jahrhundert genauso gab, ist heute weit strenger und wirksameren nationalen und internationalen Regeln unter-

worfen. Natürlich hat auch die jetzige Krise gezeigt, dass im Regulierungssystem Lücken aufgetreten sind, die allerdings mit hoher Wahrscheinlichkeit schon bald geschlossen sein werden.

### **Der Nationalstaat ist nicht ohnmächtig**

Das Programm verdrängt die Erfahrung, dass gerade kleine Länder in den letzten 20 Jahren durch die Globalisierung besonders große Wohlstandsgewinne erzielen konnten. Zu nennen wären Irland, Finnland, Neuseeland, Taiwan, Singapur, aber auch Großbritannien und die Niederlande. Es bleibt zu klären, warum in Deutschland Ziele unerreichbar blieben, die in diesen Ländern unter gleichen Bedingungen durchaus erfüllt wurden. Der globale Kapitalismus war für alle Länder gleich wirksam, wobei es keinen einheitlichen Trend »zu einem einzigen Markt« gibt. Paradebeispiele der Globalisierung sind die Exportmärkte, doch 61 % unserer Exporte gehen in den europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig lokalisieren

sich die Arbeitsmärkte ständig und unaufhaltsam, denn die globalen Güterströme benötigen immer weniger Arbeit, während die lokalen Güter und Dienstleistungen, die auf lokalen Märkten von lokalen Erwerbstätigen erzeugt werden, weiter an Bedeutung zunehmen werden. Das Wachstum der Beschäftigung konzentriert sich immer mehr auf Gesundheit und Pflege, auf lokale Versorgungsdienste vom Einzelhandel bis zur lokalen Verwaltung. Die überregional verflochtene Beschäftigung schrumpft. Die Vorstellung eines ständig ohnmächtiger werdenden Nationalstaats entspricht nicht der Wirklichkeit. Solange Güter und Dienste knapp bleiben, muss auch Arbeit analog dazu knapp bleiben. Es kommt darauf an, die lokalen und nationalen Arbeitsmärkte in ihrer Funktionsweise zu stärken, wie das mit den *Hartz IV*-Reformen erfolgreich praktiziert wurde.

Im Gegensatz zur Darstellung der Globalisierung als einer permanenten Bedrohung wird der produktivitätssteigernde und arbeitssparende technische Fortschritt als gewaltige Kraft der Umstrukturierung, die Deutschland in den letzten 25 Jahren nur unzureichend bewältigte, im Programm als Quelle der Arbeitslosigkeit unterschätzt. Mit keinem Wort wird darauf verwiesen, dass die nationale Technologiepolitik ständig darauf hinwirkt, diesen Fortschritt voranzubringen, während es unserer nationalen Bildungspolitik im Widerspruch dazu nicht gelingt, junge Menschen mit ausreichenden erhöhten Qualifikationen auszustatten. Im gesamten Programm werden unsere Probleme als ständiges Marktversagen überinterpretiert, während das massive Politikversagen der letzten 20 bis 30 Jahre weitgehend totgeschwiegen wird. Das Programm macht nicht deutlich, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden müssen, um diese Ziele zu erreichen. Ohne Zweifel haben die *Hartz IV*-Reformen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes

und das wirtschaftliche Wachstum einen wichtigen Beitrag geliefert. Zusätzlich sind die Belastungen aus der Wiedervereinigung und der Währungsunion verarbeitet. Dennoch reichen die bisherigen Erfolge nicht aus. Wachstumsraten in Größenordnungen von 2,5 % in der Hochkonjunktur erfüllen die Versprechungen des Sozialstaats und die Erwartungen der Deutschen nicht.

### **Weitere Reformen sind dringlich**

In der Konzeptionsentwicklung für die nächsten Legislaturperioden müssen schon jetzt konkrete Lösungen gefunden werden. Man kann für die Unterausbildung der Kinder von Migranten, für das Versagen des Dreiklassenschulsystems bei der Ausschöpfung aller Bildungspotenziale keine globalen Märkte haftbar machen. Die passive Toleranz gegenüber Ungleichheit der staatlich zu verantwortenden Bildungsergebnisse muss rasch und eindeutig beendet werden. Wahrscheinlich ist dazu eine radikale Umstrukturierung des Schulsystems erforderlich. Schon 1970 konnte man im ersten Bildungsbericht der sozialliberalen Koalition, unterschrieben von Willy Brandt, das Konzept einer Vorschule mit 3, bei Einschulung mit 5 Jahren mit der Folge eines früheren Abiturs bei Integration der verschiedenen Schultypen nachlesen. Es kann wenig überzeugen, wenn mehr als 30 Jahre später ein Grundsatzprogramm ähnliche Forderungen ohne konkrete Umsetzungsvorstellungen formuliert. Wahrscheinlich müssen neue Organisationsformen der Schulen, neue Anreize und Kontrollen gefunden werden. Auf der einen Seite wird ein Zentralabitur erforderlich und eine ständige zentral organisierte Evaluation der Schulen durch eine von der Politik unabhängige Organisation – einer Art Bildungsrechnungshof. Im Management wäre eine eindeutige Dezentralisierung und innere Autonomie der Schulen, kontrolliert von lokalen Aufsichtsräten, erforderlich. Die Schulen wür-

den auf diese Weise einer konkreten Nachbarschaft und ihren Repräsentanten verantwortlich. Die Eltern hätten verantwortliche lokale Ansprechpartner und würden nicht ohnmächtig gegen bürokratische Wände laufen.

Die Bildungsdefizite repräsentieren sicher das wohl massivste Politikversagen in der Bundesrepublik. Im entscheidungsträgen Föderalismus kam es zu keiner durchgreifenden Reform. Die daraus resultierende Chancenungleichheit für Kinder aus einkommensschwachen Familien ist ein nationaler Skandal. Die radikale Verbesserung der Zugangschancen zu Bildung und sozialem Aufstieg wäre erste Aufgabe der Sozialdemokratie.

Man kann weiter Ursachen und Beispiele der Erosion in der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands anführen. Aus den Geburtendefiziten und der Alterung wurden nur unzureichende Folgerungen gezogen. Die Probleme der Einwanderung sind nicht befriedigend bewältigt. Die Lebensarbeitszeit ist nach wie vor zu niedrig. Schon jetzt ist klar, dass die *Babyboom*-Generation ihr Pensionsalter aus Eigeninteresse drastisch erhöhen wird, weil die Rentenansprüche ihre Erwartungen nicht erfüllen werden, und das eigene Alterssicherungssparen nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Natürlich wird niemand einen Dachdecker zwingen mit 67 auf Dächern herumzuklettern. Aber die Vorstellung, einen Anspruch auf vorzeitigen ungeschmälernten Rentenbezug zu schaffen, wenn die angestammten Berufe für ältere Arbeitnehmer zu belastend werden, würde die Überforderung der jüngeren Generation noch weiter treiben. Künftig muss es deshalb zur Regel werden, dass ältere Arbeitnehmer mit Vorrang in eine weniger belastende Tätigkeit überwechseln können.

Das Wort Generationengerechtigkeit kommt im Grundsatzprogramm nicht vor. Das Thema wird uns jedoch in der Zukunft ständig begleiten. Durch die Al-

terung werden noch erhebliche Teile des Bruttoeinkommens der Erwerbstätigen zugunsten der sozialen Sicherung, des eigenen Altersvorsorgesparens oder auch zu einer wieder steigenden Kinderzahl umgeschichtet werden müssen. Erhebliche Entlastungen für die jüngeren Generationen brächte ein weitgehender Schuldenabbau bis 2025. Dies erfordert weitere fiskalische Reformen z.B. durch weiteren Subventionsabbau oder eine höhere Belastung der völlig unterbesteuerten Grundstücke, die nicht auswandern können. Solche kurzen Hinweise machen deutlich, wie schwer es ist, eine demografische, eine fiskalische und gleichzeitig ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen. Die Aufgaben müssen trotz Globalisierung national angegangen werden. Dies gilt auch für die ökologischen Nachhaltigkeitsstrategien, die allerdings international vereinbart werden müssen. Die Globalisierung sollte nicht als Alibi für die politische Lähmung in einem sehr lobbykratischen Land dienen. Wir leiden unter Marktversagen und Demokratieveragen. Das erfordert in der Konsequenz Aufklärung, Aufklärung und nochmals Aufklärung, damit z.B. der Ausstieg der neuen Linken aus der Knappheitsökonomie in eine Ökonomie der Illusionen national bekämpft werden kann. Die Meinungsumfragen zeigen, wie schnell Illusionen über reale Knappheiten entstehen, die in der realen Welt des politischen Handelns und durch erfolgreiche Globalisierung bewältigt werden können, zu schwer erfüllbaren politischen Forderungen führen. Die Aufgaben einer realistischen Reformpolitik bleiben eine gewaltige Herausforderung.



Ulrich Pfeiffer (1939) ist Gründer und Aufsichtsratsvorsitzender der EMPIRICA GMBH für Wirtschaftsforschung und -beratung sowie Sprecher des Managerkreises der FES.